

werbung eines selbstständigen Unterföhrungswohn-
 feldes sind passende Mittel zur Abhilfe; aber wird
 jetzt eine solche Vorlage ausgearbeitet werden? Der
 Ministerpräsident ohne Portfeuille hat doch zu wenig
 Einfluß und der Reichskanzler hat mit der Aufgabe
 des Ministerpräsidenten die Wurzel seiner Kraft ver-
 loren. Der Reichskanzler hat das wichtigste. Als
 Reichskanzler hat er gegen einen Beamten die Unter-
 suchung eingeleitet; als Ministerpräsident hat er die
 Auslösung eines hohen Beamten, welche zu den
 bestimmten Stadttagen geführt hat, unüberprüfbar
 gelassen.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Der
 Reichskanzler ist heute nicht in der Lage, sich hier
 zu verteidigen; er konnte nicht annehmen, daß
 heute diese Angelegenheit zur Sprache kommen
 würde; seine Verteidigung fällt also mir zu. Man
 hat ihm vorgeworfen, daß er in seiner Doppel-
 stellung mit ungleichem Maße den Beamten
 gegenüber gemessen habe. Dieser Vorwurf ist
 ein ungerechter. Graf Schulenburg hat ganz über-
 sehen, daß die eine Vernehmung im Reichstage er-
 folgt ist, wo sie frei von jeder Verfolgung ist. Die
 andere Sache hat der Reichskanzler nicht in dieser
 Eigenschaft, sondern als Privatbürger Minister der
 öffentlichen Angelegenheiten in die Hand genommen.
 Was die Aufhebung der Doppelstellung angeht, so
 glaube ich nicht, daß dadurch eine Forderung in den
 Beziehungen zu Preußen eintreten wird. Wenn der
 Reichskanzler am Schluß seiner Rede darauf hin-
 gezeichnet hat, daß er für seine Stelle auf die Bei-
 behaltung des Präsidiums in Preußen nicht das ent-
 scheidende Gewicht lege, so bezieht sich das nur auf
 die äußere Form der Stellung, nicht aber darauf,
 daß er nicht ebenso wie die Redner hier seine Be-
 ziehungen zu Preußen als den starken Unterbau be-
 trachtet, welchen er auch in seiner jetzigen höchsten
 Stellung nicht aufgeben geseht ist. Dieser Auf-
 fassung bin auch ich und mit mir alle meine Col-
 legen. Der Reichskanzler bleibt Mitglied des
 Staatsministeriums, und unsere Beziehungen zum
 Reiche erfahren keine Veränderung. Wir wissen in
 Preußen sehr wohl, daß der enge Zusammenhang
 zwischen dem Reiche und Preußen eine notwendige
 Grundbedingung ist, und jeder wird nach seinen
 Kräfte beitragen, daß niemals hierin eine Verände-
 rung eintreift.

Graf Schulenburg bemerkt thätig, daß er
 nicht die Einleitung einer Unterdrückung gewünscht
 habe, denn alles Demutirte liege ihm fern.

Cultusminister Dr. Poser: Ich hatte geäußert,
 daß ich der Notwendigkeit übersehen sein würde,
 vor dem Etat meines Ministeriums das Wort zu
 nehmen. Ich halte es nicht für geboten und nicht
 für möglich, unter den gegenwärtigen Umständen
 auf den Volksschulgesetzentwurf zurückzukommen.
 Er ist für die nächste Zeit beiseite und ich glaube,
 es ist patriotisch, jetzt vorwärts zu sehen, und
 nicht rückwärts. (Beifall.) Es ist hier die
 Aeufßerung gefallen, daß mit dem Zurückziehen
 des Schulgesetzes der christlich-conservative Boden
 verlassen ist. Worauf sich diese Annahme gründe-
 ret, ist mir vollständig unverständlich. (Sehr
 richtig!) Denn der geistliche Charakter der
 Unterrichtsverwaltung und die Confessionalität der
 Schule sind vorgezeichnet durch die Verfassung, welche
 für jeden Unterrichtsminister, also auch für mich die
 unabänderliche Grundbedingung bleiben wird. Da
 aber diese Bestimmung hier ausgesprochen ist, halte ich
 für richtiger, mich offen auszusprechen, wie ich zu
 dieser Frage stehe. Ich nehme keinen Anstand, zu
 erklären, daß ich persönlich auf dem Boden des
 positiven christlichen Bekenntnisses stehe. (Beifall.)
 Ich sehe in dieser Stellung zum Bekenntnis die
 Gewähr für den unbefangenen Blick, der notwendig
 ist, um auch in Zukunft die Unterrichtsverwaltung
 in Preußen auf dem Boden der Parteilich zu führen,
 wie es die Verfassung gebietet und durch unsere
 gesetzlichen Traditionen festgelegt ist. (Beifall.)
 v. Ferni erklärt, daß Herr von Meißel-Wegow
 nicht im Namen der conservativen Partei, sondern
 nur im Namen seiner näheren Freunde gesprochen
 habe.

Der Bürgermeister Bräsecke - Bromberg be-
 streitet, daß die Arbeiter im Osten Socialdemokraten
 seien und mahnt die Grundbesitzer, sich ihrer Arbeiter
 mehr anzunehmen.

v. Meißel-Wegow dankt dem Cultusminister für
 seine Erklärung und meint, seine Bemerkung bedürfe
 nicht an Bedeutung dadurch, daß er nicht im Namen
 der Partei gesprochen.

Damit schließt die Generaldebatte. Die
 Specialdebatte wird um 4 1/4 Uhr auf Dienstag 1 Uhr
 vertagt.

Locales.

Der Fortfall, bezw. die Ermäßigung der
 Meißelsteuer hat im Staatsauschuß der Berliner
 Stadtverordneten-Versammlung wieder manche Für-
 sprecher gehabt, die begünstigende Anträge sind jedoch
 vom Ausschusse sämtlich abgelehnt worden. Der
 Ausschuss war der Meinung, daß erst, wenn die in
 Aussicht stehende Ueberweisung der Grund- und Ge-
 bäudesteuer seitens des Staats an die Communen
 erfolgt ist und in Folge dessen eine anderweitige
 Erleichterung des städtischen Steuerwesens eintreten
 muß, es an der Zeit wird, der Frage wegen
 Beilegung der Meißelsteuer näher zu treten. Da
 bei Aufhebung der Meißelsteuer notwendiger Weise
 auch die Haussteuer in Wegfall kommen müßte, so würde

man mit einem durch die Gemeinde-Einkommensteuer
 aufzubringenden Anschlag von 18200000 M. zu rechnen
 haben, zu dessen Deckung rund 80 pCt. Gemeinde-
 Einkommensteuer mehr zu erheben sein würden. Die
 künftige Lage der städtischen Finanzen ist
 nach Ansicht des Rammereers Maß als eine
 günstige keineswegs aufzufassen. Die Belastung
 der Stadtgemeinde durch das neue Polzeifoliengesetz,
 welche ungefähr 20 pCt. der Gemeinde-Einkommen-
 steuer ausmacht, wird sich im nächsten Etatsjahr
 recht unangenehm fühlbar machen. Durch Hebung
 der Getreidezölle werden die Einnahmen nach
 dem Gesetz Ruene eine Einbuße erleiden, und wenn
 die Eingemündung der Vororte sich vollziehen wird,
 werden die von der Stadt zu bringenden Opfer sehr
 groß sein. Die Vorarbeiten für eine neue Stadt-
 anleihe zu erheblichem Betrage sind übrigens ab-
 geschlossen und die entsprechende Vorlage wird dem-
 nächst der Stadtverordneten-Versammlung zugehen.
 Bei dieser Sachlage hat es der Ausschuss nicht für
 zulässig erachtet, sichere Einnahmen aufzugeben.

Aus Anlaß des 300jährigen Geburtstages von
 Joh. Amos Comenius hat gestern Mittag im
 Festsaale des Rathhauses eine Gedächtnisfeier statt-
 gefunden, die von der Gemainschaft der Berliner
 Lehrerschaft veranstaltet war. Der Saal war in
 würdiger Weise geschmückt. An der Wand stand
 inmitten von Topfgewächsen die Gedenktafel von
 Comenius, die der Bildhauer Kandler eigens für
 die Feier modellirt hatte. Das Provinzial-Schul-
 collegium war durch den Vice-Präsidenten, Geheimen
 Ober-Regierungs-Rath Tappen, der Magistrat durch
 die Stadträte Schreiner, Hülsmann, Bertram und
 de Mevor, die Stadtverordneten-Versammlung durch
 den Vorsitz der Dr. Ström vertreten. Der Sängerbund
 der Berliner Lehrerschaft eröffnete die Feier
 mit Beethovens „Die Himmel rühmen des Erheben
 Götze“. Alsbald trat Professor Pappenschein die
 Trübne, um dem Andenken des großen Pädagogen
 eine pietätvolle Gedenkrede zu weihen, in der er ein
 Lebensbild des Gelehrten entwarf und seine Verden-
 tung für die Schule beleuchtete. Mit Gesang schloß
 die würdige Feier.

Im Verein für die Geschichte Berlins
 fand am 26. März im Sitzungssaale Nr. 63 des
 Rathhauses eine Hauptversammlung statt, in welcher
 die Feststellung des Vereinsjahres für das Jahr
 1892 erfolgte. Danach tritt der Verein mit einem
 kleinen Ueberschuß aus dem Vorjahre in das neue
 Verwaltungsjahr ein, erzielt voraussichtlich bei dem
 jetzigen Stande von mehr als 500 Mitgliedern und
 anderen Einnahmen rund 6400 M., denen die lau-
 fenden Ausgaben für Vocalitäten, Vereinsdruckerien,
 Bureaukosten, Vereinsboten, Bibliothek und Reser-
 ven gegenüberstehen. Daraus beschloß Herr
 Rector Bellardi im Anschluß an seine Beschrei-
 bungen im „Dahem“ die neueste Erscheinung
 über das Lühowsche Freicorps von Jognit und der
 erste Vorsitzende Geh. Rath Meuter gab einige ein-
 leitende Erläuterungen zu der in der Mitternacht
 Hofbuchdruckererichteten Broschüre: „Die Straßen-
 beleuchtung der Stadt Berlin in den Jahren 1809
 und 1810 von Julius v. Gruner.“ Insbesondere
 wird der Vortragende darauf hin, daß über die Be-
 leuchtung Berlins in früheren Zeiten wenig bekannt
 ist und die beiden Werke von Nicotai und König die-
 selbe nur sehr beiläufig erwähnen. Im Jahre 1680
 sollen sich schon an 5000 Nachtlampen und Laternen
 in Berlin gefunden haben, deren Unterhaltung
 jährlich 3000 Thlr. kostete. Diese Angabe ist zu be-
 zweifeln. Im Jahre 1785 zählte man in der Stadt
 2354 und im Jahre 1799 2385 Laternen, welche vom
 September bis Mai angezündet wurden und zwar
 bis 1804 nach einem Patentvertrag der kurmärkischen
 Kriegs- und Domänen-Kammer mit einem besonderen
 Commissarius. Im genannten Jahre übernahm die
 Verwaltung und das Anzünden der Lampen eine ganz
 militärisch eingerichtete Beleuchtungs- und
 Compagnie, bestehend aus 1 Feldwebel, 5 Unter-
 officieren und 66 Gemeinen.

In Gegenwart der Kaiserin Friederich wurde
 am Sonnabend Abend die Ausstellung der Vic-
 toria-Fortbildungsschule für Mädchen im
 Schulhause Tempelhofer Meer 2 eröffnet. Die hohe
 Protectorin wurde vom Präsidenten Henselke, dem
 Stadtschulrath Bertram und Schulinspector Haase
 empfangen und nach der Aula geleitet, wo der
 Sängereinchor unter Leitung des Gesangslehrers
 Köfel sie mit dem Choral „Vobis Herr“ empfing.
 Frau Präsident Henselke empfing sodann die Kaiserin
 mit einer kurzen Ansprache, die zugleich ein Bild von
 der Thätigkeit der Anstalt gab. Die Schule wurde
 im letzten Jahre von 350 Schülerinnen besucht. Für die-
 jenigen jungen Mädchen, welche auf Grund ihrer in
 Mittel- und höheren Töchterschulen erworbenen
 Kenntnisse eine Fortbildung für das praktische Leben
 suchen, sind die Vorbereitungscurse bestimmt; die
 Abendcurse haben den Zweck, der aus der Gemein-
 dschule entlassenen weiblichen Jugend Gelegenheit zu
 geben, sich diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten an-
 zueignen, welche sowohl für den häuslichen Beruf,
 wie für eine erweiterte Erwerbsfähigkeit notwendig
 sind. Nach der Rede leitete die Wotette „Hebe deine
 Augen auf“ zu den Declarationen der Schülerinnen
 über, die in Deutsch, Englisch und Französisch
 Sprache gehalten wurden. Einlang beschloß dann
 den Gefängnisgast. Die Kaiserin besichtigte sodann
 eingehend die Ausstellung, die von den Curien für
 Schneider, Maljennemäßen, Wäsche-Zuschneiden,

Wäsche-Ausbeßern, Fugmachen, Kunsthandarbeit und
 Plätten, sowie den für Zeichen veranfaßt war.
 Die hohe Frau begab sich dann auch noch in ein-
 zelige Klassen, um die jungen Mädchen bei der Ar-
 beit zu sehen.

Der Vorortverkehr auf der Nordbahn
 zwischen Berlin und Dranienburg wird mit dem
 diesjährigen Sommerfahrplan eine wesentliche Er-
 weiterung erfahren. Es werden in jeder Richtung
 je vier neue Züge eingestellt werden, so daß in Zu-
 kunft statt der bisherigen dreizehn, siebenzehn Züge
 von Berlin nach Dranienburg und ebensoviel in um-
 gekehrter Richtung fahren werden. Eine Verlegung
 dieses Vorort-Verkehrs vom Berlin-Strat-
 tiner-Bahnhof nach dem Nordbahnhof steht nicht zu
 erwarten, wie vielfach befürchtet wurde.

Auf Einladung des Reichstagsabgeordneten
 Schrader, des Vorsitzenden des Ausschusses der
 „Berliner Baugenossenschaft“, begaben sich am
 Sonntag Mittag über zwanzig Mitglieder des
 Reichstags - von allen Parteien, mit Ausnahme
 der socialdemokratischen - nach Albershof, um
 die dortigen Häuser der Baugenossenschaft zu besich-
 tigen. In verschiedenen Abtheilungen, geführt von
 Mitgliedern des Vorstandes der Baugenossenschaft,
 besichtigten die Herren die Häuser von außen und
 nahmen sie auch im Innern in Augenschein. Allge-
 mein war man der Meinung, daß die Häuser
 zweckentsprechend eingerichtet seien, und der Ver-
 kehr mit den Bewohnern und das Innere der Woh-
 nungen zeigte, daß der Zweck, besser gestell-
 ten Arbeiter und anderen Leuten in bescheidenen
 Verhältnissen die Möglichkeit zu geben, sich eine ge-
 und billige Wohnung außerhalb Berlins zu
 beschaffen, erreicht ist. Den Besichtigern konnte mit-
 geteilt werden, daß die Baugenossenschaft es bereits zu
 einem eigenen, in den Häusern angelegten Vermögen
 von etwa 120000 M. gebracht hat, daß sie im
 Ganzen jetzt 66 Häuser besitzt, von denen sich in
 Albershof 26, in Gr. Lichterfeld 24, in Jermoloff 16
 befinden. Neugebaut ist wegen vorhandener Diffe-
 renzen mit der Gemeinde Albershof in dem letzten
 Jahre dort kein Haus. Dagegen sind gebaut in
 Gr. Lichterfeld 10 und in Jermoloff 16 Häuser,
 welche am 1. April bezogen werden. Die Albers-
 und Jermoloff-Verbindungen der Provinz Branden-
 burg giebt auf diese neuen Häuser der Baugenossenschaft
 Dautchen und wird dies auch für die weiteren Bauten
 thun, sobald nur noch ein Theil des erforderlichen
 Hypothekencapitals durch Private bedeckt zu werden
 braucht. Bisher haben sich genügend Freunde des
 Unternehmens gefunden, welche die nöthigen Mittel
 zum Weiterbau beschafft haben, und es ist zu er-
 warten, daß es daran auch künftig nicht fehlen wird.
 Für diejenigen, welche sich etwa an der Genossen-
 schaft beteiligen wollen, sei bemerkt, daß das
 Bureau des Vorstandes sich W. Steglitzerstraße 20,
 befindet, von wo aus Erforderniß nach Auskunfts gern
 gegeben wird.

Am 20. Mat d. J. wird bekanntlich in den
 Räumen der Pilsener Bier- und Brauereimittel-
 und Nahrungsmittel-Ausstellung eröffnet, deren
 interessantester Theil die Ausstellung von Erzeug-
 nissen des Weinbaues zu werden verspricht.
 Eine staatliche Reichs-Oesterreichischer und Ungarischer
 Producenten, so unter Anderem die Kellereien der
 Gräfl. Silva-Tarona-Nostitzschen Verwaltung
 (Böhmen) und die Gräfl. Erdöbyschen Kellereien in
 Ungarn, hat bereits Abtheilungen fest belegt, in denen
 die Weine zum unmittelbaren Genuß verpackt
 werden sollen. Auch Jürische, Tyroler und Balmatiner
 Weine sind angemeldet. Aus Italien werden Col-
 lectivausstellungen vorbereitet und sollen größere
 Transporte Mitte April von Genua via Ham-
 burg abgehen, so daß sie bei dreizehnstägiger See-
 reise rechtzeitig hier eintreffen. Spanische und Fran-
 zösische Weine sind bis jetzt nur von Deutschen Im-
 porteuren angemeldet, nicht von den Producenten
 selbst, doch stehen auch von letzteren Anmeldungen in
 Aussicht. Griechische Weine sind noch nicht ange-
 meldet, auch ist noch zweifelhaft, ob Kalifornische
 und Australische Weine vertreten sein werden. Daß
 der Deutsche Weinbau in seinen dem Markt beherrschenden
 Firmen einer solchen Ausstellung zum Theil mit-
 gemächten Gefühlen gegenübersteht, ist begrifflich,
 doch ist seine respectabile Vertretung sicher. Es sollen
 von der Höhe der Saal- und der Hof-, vom Rhein,
 aus der Pfalz, aus dem Elb-, aus Baden und aus
 Frankreich typische Weine den Besuchern geboten
 werden und zwar in der Regel mit glas- und fasschen-
 weisem Verkauf. Auch die Deutsche Schaumwein-
 fabrication wird Gelegenheit nehmen, die in den
 letzten 6 Jahren gemachten großen Fortschritte zu
 zeigen. Natürlich beabsichtigt auch das Deutsche,
 Oesterreichische, Böhmisches und Englische Bier in
 den Concurrenzstufen einzutreten, doch ist eine allzu
 große räumliche Ausdehnung dieser Concurrenz nicht
 beabsichtigt. Daneben befindet die Fabrication der
 besseren Schnaps, ferner die Butter- und Käse-, die
 Delicatessen- und Süßwaaren-Branche ein besonderes
 Interesse. Kellerei, Brauerei und Brennerei Ma-
 schinen und Geräthe sind in reichlichem Maße in
 Aussicht gestellt. Am 1. April soll das Berliner
 Local-Comité sich constituiren, um die innere Or-
 ganisations- und Aufsichtsbearbeitung, und den Abgren-
 zung durch Local-Comité und was dergleichen
 mehr nöthig ist, zu besorgen.

Das neue Logenhaus, das sich die Berliner
 Logen des Odd-Fellow-Ordens auf dem Grund-